Nr. 32. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 19. Januar 1899.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Ausweisungen aus Nordschleswig.

Die beiden freisinnigen Gruppen des Abgeordnetenhauses haben folgende Interpellation eingebracht:

„Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat nach einem öffentlichen Zugeständniß in öfteren Fällen Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig nicht um deswillen angeordnet, weil diese Personen sich lästig gemacht haben, sondern nur zu dem Zwecke, um einen Druck auf die dänisch gesinnten Dienstherrschaften auszuüben. Ist es zutreffend, daß Maßregeln dieser und ähnlicher Art aus der Initiative des Oberpräsidenten Herrn v. Köller hervorgegangen sind, und ist die Staatsregierung geneigt, die von dem Oberpräsidenten angeordneten Maßregeln mit ihrer Verantwortung zu decken?"

Abgeordneter Dr. Barth wird, wie es heißt, die Interpellation begründen.

Etwa hundert Vorstandsmitglieder des deutschen Vereins für das nördliche Schleswig und seiner nördlich von Flensburg belegenen Ortsabtheilungen, Richter, Stadtverordnete, Oberlehrer, Kaufleute, Gewerbtreibende, Hofbesitzer 2c. haben folgende Erklärung an den Landtag gerichtet: „Wir wohnen seit Jahren — die meisten lebenslang — im nördlichen Schleswig und können deshalb aus eigener Sachkunde und täglicher Erfahrung Folgendes erklären: Die Agitation der dänischen Protestpartei beabsichtigt die Lostrennung des nördlichen Schleswig vom deutschen Vaterlande und die Wiedervereinigung mit Dänemark. Sie will deshalb verhindern, daß die dänischgesinnte Bevölkerung sich mit den jetzigen Zuständen aussöhnt und so allmälig die deutschfeindliche Gesinnung beseitigt wird. Zu diesem Zweck hat sie, wie schon bisher, so namentlich in letzter Zeit eine maßlose, deutsche Gefühle verletzende und verhöhnende, die Bevölkerung tief erregende Sprache geführt, welche wiederum gegen Deutschgesinnte in geschäftlicher und gesellschaftlicher Beziehung einen unerträglichen Terrorismus zur Folge hatte. Hiergegen genügen die bestehenden Strafgesetze nur theilweise und unvollkommen. Es ist daher für die hiesigen Zustände absolut geboten, auch außerhalb des Strafgesetzbuches alle diejenigen gesetzlich zuläßigen Verwaltungsmaßregeln zu ergreifen, welche gegen eine derartige Agitation wirksam sind. Zu solchen Maßregeln gehört in hervorragender Weise die Ausweisung dänischer Unterthanen aus Nordschleswig. Denn die Agitation findet eine sehr wesentliche Unterstützung durch Versammlungen und Feste jenseits der dänischen Grenze und durch eine zahlreiche, meistens planvoll betriebene Einwanderung dänischer Unterthanen in das nördliche Schleswig. Die letzteren, und zwar nicht zum Mindesten die dänischen Dienstboten, haben, von Ausnahmen abgesehen, durch taktloses, theilweise bewußt demonstratives Betonen ihrer dänischen Staatsangehörigkeit bei privaten und öffentlichen Gelegenheiten die Bevölkerung sehr wesentlich dahin beeinflußt, das deutsche Element in Nordschleswig nur als ein geduldetes, im Grunde nicht hingehörendes zu betrachten und jede Versöhnung von der Hand zu weisen. Deshalb findet die Ausweisung dänischer Unterthanen unter der ganzen deutschgesinnten Bevölkerung Nordschleswigs — ohne irgend welche Rücksicht auf die politische Parteizugehörigkeit — lebhafte und rücksichtslose Zustimmung. Wir begrüßen in dieser Maßregel den Anfang einer energischen Regierungspolitik gegen fremdländische Agitation in deutschen Landen. Wir kennen den Charakter der nordschleswigschen Bevölkerung und wissen, daß sie sich von der dänischen Agitation abwenden wird, falls die Autorität des Staates und seiner Behörden mit nachhaltiger Energie gegen diese Agitation vorgehen wird. Das Gegentheil sieht der Nordschleswiger nicht als eine nachsichtige und versöhnende Milde, sondern lediglich als ein Zeichen von Schwäche und Unentschlossenheit an, welcher gegenüber er dem Einfluß der dänischen Agitation nur um so sicherer verfällt. So haben denn auch die Ausweisungen bereits den praktischen Erfolg erzielt, daß die einzelnen Dänischgesinnten allmälig anfangen sich der Einwirkung der dänischen Agitation zu entziehen. Es bricht sich auch unter den Dänischgesinnten allmälig die richtige Ueberzeugung Bahn, daß die Härten, welche die Ausweisung für einzelne Unschuldige unvermeidlich mit sich bringt, nicht der Regierung, sondern dem Verhalten der dänischen Presse, Vereine und berufsmäßigen Agitatoren zur Last zu legen sind. So sind wir denn überzeugt, daß die Abwehrmaßregeln, konsequent und ausdauernd durchgesetzt, die dänische Agitation lahm legen werden — und dieses in desto kürzerer Zeit, je mehr positive Mittel zur Förderung des Deutschthums in Nordschleswig, für welche größere pekuniäre Staatshülfe als bisher zu schaffen ist, mit den negativen Abwehrmaßregeln Hand in Hand gehen. Entgegenstehende Auslassungen in der deutschen Presse sind so lange ohne Werth, als nicht ihre Urheber namentlich genannt werden. Geschieht dieses, werden wir im Stande sein nachzuweisen, daß die Auslassungen entweder dänischerseits unter falscher deutscher Firma eingeschmuggelt sind oder von Personen herrühren, die nicht in Nordschleswig wohnen und deshalb über die augenblicklichen hiesigen politischen Verhältnisse ein sachverständiges oder maßgebendes Urtheil nicht haben. Hinter uns stehen 3000 in Nordschleswig seßhafte Vereinsmitglieder, und auch die deutschgesinnten Nordschleswiger, welche nicht Mitglieder sind, stimmen, vielleicht von einigen verschwindenden Ausnahmen abgesehen, mit uns überein. Das wissen wir aus täglichen Gesprächen mit Nachbarn, Freunden und Bekannten."

Postreform.

Die Budget-Kommission des Reichstages hat in zwei Sitzungen bis auf einen geringen Rest den Postetat durchberathen. Dabei hat sich gezeigt, in wie energischer und konsequenter Arbeit Herr Staatssekretär von Podbielski an die Reformen herantritt, die sich nach längerer Stagnation in diesem Verwaltungszweige als nothwendig herausgestellt haben. Es sind nicht weniger als vier Postgesetze, mit denen der Reichstag in der laufenden Session sich zu beschäftigen haben wird, Gesetze, die durchweg eine Erleichterung oder Verbilligung oder eine Ausdehnung des Verkehrs mit der Reichspost herbeizuführen bestimmt sind. Die Ansprüche, welche vom Publikum oder auch vom Gewerbebetriebe an die Post gestellt werden, sind groß, größer als sie sich jemals werden befriedigen lassen. Was aber von diesen Ansprüchen begründet und ausführbar ist, hat bei dem Leiter des Reichspostamts verständnißvolles Entgegenkommen gefunden. Vor Allem wird eine Verbilligung fast aller postalischen Leistungen verlangt. Selbstverständlich müssen übertriebene Forderungen zurückgewiesen werden; allein in vielen Dingen ist nach dieser Richtung ein Wandel angebahnt, wie die geplante Heraufsetzung des Gewichts für einfache Briefe, die Herabsetzung des Portos für Postanweisungen unter 5 Mark, die Abminderung des „Strafportos" u. A. m. zeigt. Dem Wunsche, die Telephongebühren herabzumindern, läßt sich im Allgemeinen erst näher treten, wenn die öffentlichen Wege für die dann jedenfalls nothwendigen Doppelleitungen freigeworden sind. Vorläufig soll dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen der Fernsprechverkehr an kleineren Orten verbilligt wird. Auf dem Gebiete des Telegraphenwesens soll eine Beschleunigung der Bestellung herbeigeführt werden.

Hinsichtlich des Bestellgeldes für Packete, welches in größeren und kleineren Orten verschieden hoch berechnet wird, beabsichtigt Herr von Podbielski, demnächst dem Reichsschatzamte Reformvorschläge zu unterbreiten. — Ob mit Erfolg, wird sich wohl demnächst zeigen. Eine Gleichstellung der Bestellgebühr für Postanweisungen und Packete auf dem Lande und in der Stadt würde nach dem vorjährigen Verkehr einen Ausfall von nicht weniger als 3 790 000 Mark ergeben; dabei läßt sich nicht annehmen, daß etwa durch stärkeren Verkehr Mehreinnahmen erzielt werden könnten, wenn nicht etwa die Geschäftsleute in der Stadt dazu bestimmt werden, auf das Abholen ihrer Sendungen zu verzichten. Auch die Ermäßigung des Portos für Postanweisungen bis zu 5 Mark wird, rein ziffernmäßig berechnet, einen Ausfall von fast einer Million Mark verursachen; doch würde jedenfalls dieses Manko durch erhebliche Verkehrssteigerung ausgeglichen werden. Die Einrichtung „kleiner" Postanweisungen ist jedoch eine große Wohlthat und für diese Konzession wird man im großen Publikum dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts besonders dankbar sein. Eine weitere dringend nothwendige Reform betrifft den Postzeitungstarif. Nach dem bisherigen Tarife leistet die Allgemeinheit der Steuerzahler bei der Beförderung der Zeitungen Zuschuß; das ist jedenfalls unzuläßig. Der Gesetzentwurf, durch welchen eine anderweitige Regelung dieses Gegenstandes herbeigeführt werden soll, liegt dem Bundesrathe bereits vor und soll noch in dieser Session vor den Reichstag kommen.

Lebhafte Wünsche, die schon seit Jahren besonders auch von konservativer Seite an die Postverwaltung gerichtet werden, betreffen eine allgemeine Durchführung der Sonntagsruhe für Postbeamte. Auch in dieser Hinsicht macht sich in der letzten Zeit eine, wenn auch noch geringe Besserung bemerkbar und es ist zu hoffen, daß — so weit es der Post- und Telegraphenverkehr zuläßt — in immer höherem Maße die bessernde Hand angelegt werden wird. Herr von Podbielski bezeichnete als sein nächstes Ziel die Freigabe eines ganzen oder zwei halbe Sonntage mindestens alle drei Wochen für jeden Postbeamten. Ungefähr die Hälfte aller Postbeamten aber genießt heute schon eine ausgiebige Sonntagsruhe und soll sie auch weiter genießen; so haben gegenwärtig bereits 36 Prozent dieser Beamtenkategorie mindestens jeden zweiten Sonntag frei. Die Post muß sich allerdings an die allgemein bei uns üblichen Verkehrsbedingungen anschließen; anzuerkennen ist es daher, daß man wenigstens so weit wie möglich für Sonntagsruhe der Beamten sorgt und in dieser Sorge hoffentlich nicht nachlassen wird.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Oberst Cordier, der nach Sandherr und vor Picquart der Chef des Nachrichtenbureaus im Kriegsministerium war und als solcher der Kriminalkammer Unvortheilhaftes über den Oberstleutnant Henry, seinen ehemaligen Untergebenen, berichtet haben soll, ist deshalb von der „Libre Parole" so scharf angegriffen worden, daß er sich vor zwei Tagen an den Militärgouverneur Zurlinden mit dem Gesuche um die Erlaubniß wandte, das Antisemitenblatt gerichtlich zu verfolgen. Eine Antwort hat er bis zur Stunde noch nicht erhalten. Oberst Cordier, auf den auch Quesnay de Beaurepaire neulich eine Anspielung machte, indem er sagte, dieser „wegen Unmäßigkeit" in den Ruhestand versetzte Offizier sei von den Räthen der Strafkammer mit besonderer Auszeichnung behandelt worden, weil er gegen seine ehemaligen Vorgesetzten loszog, ist hauptsächlich darüber entrüstet, daß die „Libre Parole" ihm nachsagt, er habe sich in einem Briefe an Mathieu Dreyfus gewandt. Im Gespräche mit einem Reporter des „Paris" deutete er an, der Zorn der Antidreyfusianer auf ihn dürfte allerdings sehr berechtigt sein, weil seine Aussagen höchst wahrscheinlich schwer ins Gewicht fallen werden.

Wie aus Rotterdam gemeldet wird, ist Esterhazy gestern Nachmittag nach Paris abgereist.

Der Kassationshof verhörte gestern Nachmittag die Schreibverständigen Couard, Bertillon und Varinard.

Die Auslieferung der diplomatischen Geheimakten an den Kassationshof soll erst nach der Versicherung, daß die deutsche Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, erfolgt sein.

Die Zivilkammer hat gestern das Blatt „Antijuif" verurtheilt, an zwanzig jüdische Kaufleute die Summe von je 1500 Franks Geldentschädigung auszuzahlen, weil das Blatt die Adressen der betreffenden Firmen veröffentlicht hatte, um sie zu boykottiren.

Aus dem Reiche.

Der **Großherzog von Hessen** begab sich gestern Abend nach Gotha, wohin die Großherzogin schon vorgestern gereist ist, um der Feier der silbernen Hochzeit des großherzoglichen Paares beizuwohnen. — Landeshauptmann **von Seydewitz** in Görlitz wurde gestern auf der Jagd tödtlich vom Schlage gerührt. — In Breslau ist gestern der **Oberbergrath Dr. Gustav Pringsheim** im Alter von 43 Jahren gestorben. Pringsheim galt auf verschiedenen Gebieten des bergmännischen Wesens als Autorität und gelangte schon in sehr jungen Jahren in hervorragende Stellungen. — **Generalmajor von Ehrhardt,** Train-Depot-Inspekteur, ist am 17. d. M. früh am Herzschlage verstorben. — Die Abordnung des Offizierkorps des **Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2** unter Führung des Obersten von Schwartzkoppen wurde gestern Vormittag in Wien von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Die Abordnung überbrachte außer den Glückwünschen des Regiments zu dem 50jährigen Inhaberjubiläum des Kaisers eine Huldigungsadresse sowie eine in der Berliner königlichen Porzellanmanufaktur angefertigte kunstvolle Porzellanvase als Jubiläumsgabe des Regiments. Der Kaiser, welcher die Oberstenuniform des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens angelegt hatte, nahm die Glückwünsche huldvollst entgegen. Die Abordnung wurde auch vom Erzherzog Rainer empfangen und stattete dem Grafen Goluchowski und dem Reichskriegsminister General v. Krieghammer Besuche ab. — Der schlesische Provinziallandtag bewilligte 20 000 Mark als Beitrag der Provinz für ein **Kaiser Friedrich-Denkmal** in Breslau. — **Erzbischof Dr. v. Stablewski** hat anläßlich des kaiserlichen Geburtstages, der diesmal auf einen Freitag (Fasttag) fällt, allen Katholiken, einschließlich der Soldaten der Erzdiözese Gnesen-Posen — soweit sie an Festessen theilnehmen und Fastenspeisen nicht erhalten können — Dispens ertheilt. — Eine in Greiz kürzlich abgehaltene **sozialdemokratische Versammlung** hat beschlossen, den früheren „Genossen" Expedienten Schenderlin aus der Partei auszuschließen, weil er bei seiner letzten Verurtheilung zu fünf Monaten Gefängniß beim Fürsten von Reuß ä. L. um Begnadigung eingekommen ist, die ihm auch nach Verbüßung von drei Monaten gewährt wurde. — Die Regierung hat ihren Plan, die weltbekannten **Weinberge auf dem Neroberg** bei Wiesbaden eingehen und in Bauplätze umwandeln zu lassen, auf Bemühungen des Magistrats vorläufig aufgegeben.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Die „Pol. Korr." meldet aus Petersburg, das Abrüstungsprogramm sei den Mächten am 12. Januar durch die russischen Vertreter überreicht worden.

— Der „Fr. Ztg." wird aus Konstantinopel telegraphirt: Der dritte Dragoman der deutschen Botschaft in Konstantinopel, Graf Mülinen, der das Kaiserpaar auf der Palästinareise begleitete, wurde zum diensthuenden Kammerherrn der Kaiserin Auguste Viktoria ernannt.

— Im Reichstage hat zur weiteren Berathung des Etats Prinz Schönaich-Carolath den Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, zur Errichtung eines Goethe-Denkmals in Straßburg einen Beitrag von 50 000 Mark in Form eines Nachtragsetats gewähren zu wollen.

— Die wegen Wiederherstellung der Berliner Produktenbörse zwischen hiesigen Getreidehändlern und dem Staatskommissar gepflogenen Besprechungen hatten durch eine Erkrankung des letzteren Herrn eine Unterbrechung erfahren, sind aber auch nach dessen Wiederherstellung seither nicht fortgeführt worden. Die Meldung indeß, daß die Verhandlungen gescheitert seien, ist, wie von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, unbegründet.

— Von mehreren Handelskammern ist Klage darüber geführt worden, daß die preußischen Landwirthschaftskammern begonnen haben, dem Handel Konkurrenz zu machen, indem sie den Bezug landwirthschaftlicher Bedarfsartikel — wie Futter- und Düngemittel, Maschinen u. s. w. — zwischen den landwirthschaftlichen Genossenschaften oder einzelnen Landwirthen und den Fabrikanten oder Großhändlern vermitteln, sowie auch theilweise den Absatz der landwirthschaftlichen Erzeugnisse besorgen. Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben die Berechtigung solcher Klagen für ihren Bezirk untersucht und dabei ermittelt, daß auch die Landwirthschaftskammer für die Provinz Brandenburg in einer eigenen „Ein- und Verkaufsstelle" derartige Geschäfte betreibt, daß aber dem Berliner Handel die Konkurrenz noch wenig fühlbar geworden ist, daß vielmehr eher den Berliner Großhändlern und Fabrikanten manche Aufträge vermöge dieser Zentralisirung der Nachfrage zugeführt werden, die früher dem provinzialen Kleinhändler zufielen. Dieser ist also in erster Linie der Geschädigte. Der Vertreter des Aeltesten-Kollegiums hat bei der Berathung die Beobachtungen in Berlin mitgetheilt. Wenn die Mitglieder eines Berufsstandes sich durch genossenschaftlichen Zusammenschluß günstige Ein- und Verkaufsbedingungen verschafften, so sei das ihr gutes Recht, und der Kaufmannsstand sei weit entfernt, ihnen das zu bestreiten. Etwas völlig Anderes aber sei es, wenn der Staat in dem Konkurrenzkampfe zwischen den Genossenschaften u. s. w. und dem Handel für die ersteren Partei ergreife, indem er den Genossenschaften billiges Kapital verschaffe, oder indem er den Landwirthschaftskammern sogar unmittelbare Zuschüsse gewähre, und ihnen seine Autorität für ihren Geschäftsbetrieb leihe. Hiergegen müßten die Organe des Handelsstandes protestiren. Wollte man mit Zuwendung pekuniärer Vortheile die Kammern beauftragen, so hätte man es im Gesetze ausdrücklich sagen müssen, der Handelsstand würde sich dann rechtzeitig zur Wehr gesetzt haben, während er sich jetzt durch die unerwartet weite Auslegung, die die Landwirthschaftskammern und ihre Aufsichtsbehörde, der Landwirthschaftsminister, dem Gesetze geben, gleichsam überrumpelt sieht. Aus allen diesen Gründen empfehle es sich, daß die Plenarversammlung des Handelstages entschieden gegen eine Fortführung der staatlich unterstützten Konkurrenz der landwirthschaftlichen Körperschaften Stellung nehme. Der Ausschuß des Handelstages hat sich diese Anschauungen angeeignet und eine Kommission beauftragt, im Sinne derselben einen Beschlußantrag auszuarbeiten, der der demnächstigen Plenarversammlung des Handelstages unterbreitet werden soll. Das Berliner Aeltesten-Kollegium erklärte sich mit den Ausführungen seines Vertreters nachträglich vollkommen einverstanden.

— Die Frage nach dem Vortheil einer Deportation nach unseren Schutzgebieten ist bekanntlich von dem letzten Juristentag schon verneint worden. Aber im Hinblick darauf, daß die Vertheidiger der Deportation ihre Bemühungen fortsetzen, ist es von Interesse, ein Urtheil aus den Kolonien selbst zu vernehmen. Der „Windhoeker Anzeiger" schreibt zu der Frage, daß ein Versuch, Verbrecher aus Deutschland nach Südwestafrika zu deportiren, im Schutzgebiet allgemeinem Widerstand begegnen und allgemeine Unzufriedenheit hervorrufen würde. Die Gründe dafür sind folgende:

Einmal würde das Ansehen der Weißen gegenüber den Eingeborenen in bedenklicher Weise erschüttert werden. Dem Eingeborenen müsse das Bewußtsein erhalten und wo es noch nicht vorhanden ist, beigebracht werden, daß er ohne den Weißen nicht vorwärts zu kommen vermag, daß er der Anleitung des Weißen bedarf und dieser folgen muß, daß der Weiße sein Lehrer und Herr ist. Wir können die Farbigen als Arbeiter nicht entbehren. Soll zur Aufrechterhaltung der nothwendigen Achtung und Ordnung nicht von vornherein die rücksichtsloseste brutale Gewalt als das einzige Mittel gelten, so ist man genöthigt, dafür zu sorgen, daß die Eingeborenen möglichst ein moralisches Uebergewicht der Weißen anerkennen müssen. Zweitens wüßte man nicht, was nach beendeter Strafzeit mit den Sträflingen zu machen wäre; denn von einem von Hause aus minderwerthigen Menschen, wie es der Verbrecher in der Regel sei, sei in einer Kolonie, wo die Lebensbedingungen schwierig seien, nicht viel zu erwarten. Einzelne der Entlassenen würden vielleicht im Stande sein, sich emporzuarbeiten; die Mehrzahl aber würde zu arbeitsscheuen Landstreichern werden. Von einer Ansiedelung der Sträflinge, die sie von vornherein selbstständig stellte, könne keine Rede sein, denn wer als Ackerbauer vorwärts kommen und auch nur sich erhalten wollte, bedürfe der Mittel und einer besonderen Tüchtigkeit; das seien Dinge, die dem Sträfling fehlen. Die Kosten des Strafvollzuges würden sich auch ganz erheblich höher stellen als in Deutschland. Daß die Kosten des Unterhalts der Gefangenen auf lange Zeit noch erheblich höher sein müssen als in Deutschland, folge aus der Nothwendigkeit, den größten Theil der Lebensbedürfnisse erst vom Auslande her in das Land einzuführen. Was endlich die Kosten der Beaufsichtigung anbelangt, so wird man mit weniger Personal als zu Hause, sofern überhaupt einigermaßen die heimischen Grundsätze übertragen werden sollen, schwerlich auskommen. Wenn man Auswanderungslustige mit Mitteln unterstützen wolle, so möge man unter tüchtigen Bauern die tüchtigsten wählen. Dann würden diese, die Kolonie und die Gesamtheit von der Unterstützung einen Vortheil haben."

— Am 30. November ist Major Leutwein von dem Zuge nach dem Süden in Windhoek wieder eingetroffen; bald folgt ihm auch die Truppe nach. Ueber die Beilegung der Bewegung im Süden des Schutzgebiets von Deutsch-Südwestafrika ist schon berichtet worden, doch ist noch zur Ergänzung nachzutragen, daß die beiden schuldigen Kapitäne (Willem Christian von den Bondelzwarts und Paul Frederiks von Bethanien), als die Nachricht von dem Herannahen des Gouverneurs mit der Truppe sie erreichte, sich freiwillig zur Bestrafung gestellt haben. Die beiden Kapitäne wurden der Verletzung der in den Jahren 1890 bez. 1884 mit Deutschland eingegangenen Schutzverträge deshalb schuldig befunden, weil sie zum Abschluß eines Bündisses sich vereinigten. Nach ihrer Behauptung hatten sie durch das Bündniß nur gegenseitige Unterstützung für den Fall eines Angriffs durch die Deutschen beabsichtigt. Das Urtheil lautete, wie gemeldet, auf Tragung der Kosten der Expedition und gegen Paul Frederiks außerdem auf Abtretung eines Landgebiets an die Regierung. Hendrik Witboi erklärte dem Gouverneur, die Kapitäne hätten s. Zt. nicht verstanden, was sie unterschrieben hätten. Er habe damals den Inhalt der Verträge verstanden; deshalb habe er keinen Vertrag abgeschlossen, sondern zu den Waffen gegriffen. Der Gouverneur legte den Kapitänen, die bei der Fällung des Urtheils mitgewirkt hatten, die Verantwortung auf, daß sie dafür sorgten, daß die Verurtheilten sich nunmehr als loyale Unterthanen des deutschen Kaisers bewährten. Bei dem Parademarsch der Truppe erregte das mitgeführte Gebirgsgeschütz, das erst im April v. J. hingeschickt worden war, die Aufmerksamkeit Hendrik Witbois. Als das Geschütz vorüberkam, ließ er sich Alles erklären. Es wurde später auch nach Zielen in den Bergen geschossen. Als Witboi die Wirkung der Geschosse wahrnahm, äußerte er, es sei doch gut, daß die Deutschen das Geschütz nicht schon besessen hätten, als sie sich mit ihm herumschossen; es hätte ihm sonst noch schlechter gehen können. Das Gebiet von Keetmannhoop, das wir jetzt gewonnen haben, ist ein Besitz, der der Regierung schon lange wünschenswerth erschien.

— Der Erlaß des preußischen Kriegsministers, welcher sich gegen den „Verband deutscher Kriegs-Veteranen" richtet, gelangte in der am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Ortsgruppe „Leipzig" des Verbandes zur Besprechung. Es wurde bekannt gegeben, daß der Zentralvorstand des Veteranenverbandes eine Immediat-Eingabe an den Kaiser gerichtet hat, die unter Darlegung der echt monarchischen Gesinnung des Verbandes um die Aufhebung des Erlasses bittet. Die stark besuchte Versammlung, in welcher auch verschiedene Städte Sachsens durch Delegirte vertreten waren, faßte folgende Resolution: Die heute im „Tivoli" in großer Anzahl versammelten Veteranen aus Leipzig und verschiedenen Städten Sachsens haben mit betrübten Herzen von dem jüngst bekannt gegebenen Erlaß des preußischen Kriegsministers Kenntniß genommen. Nach diesem Erlaß muß es scheinen, als ob die Mitglieder dieses Verbandes sich nicht als königstreu gezeigt hätten; diese irrige Ansicht kann nur durch der Wahrheit nicht entsprechende Berichte über den Verband bei dem preußischen Kriegsminister hervorgerufen sein. Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache, welche uns im idealen Bestreben, für unsere nothleidenden Kameraden durch Petitionen bittend einzutreten, zusammengeführt hat und welche auch durch verschiedene Verhandlungen im hohen Reichstage als berechtigt anerkannt ist, hoffen wir, daß in nicht allzuferner Zeit der Irrthum, welcher zu dem Erlaß Veranlassung gegeben hat, sich zu unseren Gunsten aufklären wird. Wir geben deshalb hierdurch der Versicherung Ausdruck, daß wir aller Beschuldigungen ungeachtet die Treue zu Kaiser, König und Reich, welche wir einst auf die Fahne beschworen und im Kampfe mit dem Erbfeind bewiesen haben, stets unentwegt bis an unser Ende pflegen und halten werden.

Frankreich.

Auf die Schwäche der französischen Regierung ist aus Anlaß der Dreyfus-Angelegenheit mehrfach hingewiesen worden. Es wird jedoch in Frankreich keineswegs zu wenig, sondern eher zu viel, aber auch zu schwach regiert. In der „Revue des Revues" liefert Henry Berenger anläßlich der Budgetdebatte einen interessanten Beitrag zu der französischen Beamtenstatistik. Darnach gab es im Jahr 1846 in Frankreich 188 000 Staatsbeamte, welche 245 Millionen kosteten. Vierzig Jahre später verursachten 350 000 Beamte eine Ausgabe von 484 Millionen, und 1896 war man glücklich bei 627 Millionen für 416 000 Beamte angelangt. Während die Bevölkerungszahl sich in den 50 Jahren um kaum 10 Prozent vermehrt hatte, vermehrte sich die Beamtenzahl um 110 Prozent und die Ausgabe des Staats für ihre Gehälter um 150 Prozent. Wenn es sich da nur um die Vermehrungen handelte, welche für die Allgemeinheit von unbestreitbarem Nutzen sind, wie die des Lehr-, Post- und Telegraphenpersonals, so könnten sich die Steuerpflichtigen noch trösten, denn die Zahl der Volksschullehrer ist von 40 000 auf 110 000 und der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten von 18 600 auf 68 000 angewachsen. Darüber wird auch nicht geklagt, wohl aber über die Vermehrung des Personals der Ministerien, der Zentralverwaltung und der Kolonialverwaltung, die das Günstlingswesen in seiner vollen Blüthe darstellt. Das kommt, wie schon oft gerügt worden ist, daher, daß jeder Abgeordnete und Senator seine gierige Klientel hat, die durch Aemter und Sinekuren befriedigt werden muß, abgesehen davon, daß jeder scheidende Minister — und die Zahl der seit 1871 verbrauchten Minister ist bekanntlich Legion — sich für verpflichtet hält, seine Schützlinge zu versorgen, selbstverständlich auf Staatskosten.

Paris, 18. Januar. Die Liga für Vertheidigung der Menschenrechte erläßt folgende Kundgebung: Angesichts des Prozesses, den die Wittwe Henry gegen Reinach angestrengt hat, und Angesichts der von der „Libre Parole" eröffneten Sammlung zu Gunsten der Wittwe Henrys behauptet die Liga, daß Reinach seine Rechte als Schriftsteller nicht überschritten hat, indem er festzustellen suchte, daß der Urheber der Fälschung von 1896 ebenfalls der Mitschuldige des Verräthers gewesen ist, den er zu retten suchte. Reinach hat weder die Wittwe Henry noch ihre Kinder angegriffen, und die Sammlung der „Libre Parole" sowie der bevorstehende Prozeß sind nur ein Manöver, um den Fälscher Henry zu verherrlichen. Die Liga hofft, daß eine unparteiische Justiz die von Reinach aufgeworfene Frage klarlegen werde. Sie hofft ferner, daß der Prozeß am 27. Januar durch keine Ruhestörungen beeinträchtigt werde.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Januar. Der Reichstag ist heute eröffnet worden. In der Thronrede heißt es: Die Beziehungen zu den fremden Mächten sind dauernd sehr freundschaftliche. Der König, der mit Freude die Einladung zu der Abrüstungskonferenz angenommen hat, bringt die Sympathie des schwedischen Volkes für das edelmüthige, philanthropische Vorhaben zum Ausdruck sowie den lebhaften Wunsch, daß es dem Kaiser von Rußland gelingen möge, eine Absicht zu verwirklichen, die ihm auf alle Fälle die Anerkennung aller Generationen erworben hat. Der Kongreß veranlaßt jedoch kein Land, die für seine nationale Vertheidigung nöthigen Maßregeln zu unterlassen. Schweden muß seine geringe Militärmacht beibehalten und vergrößern. Die Organisation des Heeres und der Marine ist nur auf die Vertheidigung gerichtet. Niemand kann mit einem Schatten von Recht uns übertriebener Rüstungen anklagen und uns aggressive Pläne zutrauen. Die Ergebnisse der Arbeiten des Festungskomitees werden dem Reichstage unterbreitet werden. Ein Kredit für die versuchsweise Mobilisirung einer Division wird verlangt werden.

Afrika.

Ueber die Boerenscenen in Johannesburg wird noch berichtet: Die Nachrichten, welche von Reisenden aus Johannesburg nach Kapstadt gelangen, beweisen, daß die Boeren sich für das Meeting am Sonnabend Abend das Wort gegeben hatten, die Versammlung der Südafrikaliga mit Gewalt zu stören. Kaum hatte Mr. Dunn, der Herausgeber des Blattes „Kritik" begonnen, die Massenpetition der Liga zu verlesen, als ein unglaublicher Lärm seinen Anfang nahm. Der Präsident war bald nicht mehr im Stande, die Ordnung irgend wie aufrecht zu erhalten, er wurde von einer drohenden Anzahl der Ruhestörer umringt, und blieb dem Verhalten der lärmenden Massen gegenüber völlig ohnmächtig. Von einer der Gallerien wurde eine große Büchse mit Feuerwerkskörpern auf die Tribüne geworfen, welche dort platzten und einen unbeschreiblichen Aufruhr verursachten, obwohl glücklicherweise die Umstehenden nicht verletzt wurden. Nunmehr begann eine allgemeine Prügelei, und bald war kein Stuhl und kein Tisch im Hause mehr intakt. Eine Menge von Boeren, welche mit Revolvern schossen, drangen in die Halle ein, wurden aber durch Polizisten verhaftet und abgeführt. In den Straßen, besonders auf den größeren Plätzen, dauerten während des ganzen Abends und der ganzen Nacht die Ansammlungen fort, und es kam verschiedentlich zu heftigen Zusammenstößen zwischen Engländern und Boeren. Auf dem Telegraphenamte wurden von 6 Uhr Nachmittags ab Telegramme, welche über die Unruhen Meldungen enthielten, nicht mehr abgelassen.

Die südafrikanische Liga hat nach englischen Blättern an die Regierung zu Pretoria eine Eingabe gerichtet, mit dem Ersuchen, ein neues Meeting in den nächsten Tagen abhalten zu dürfen, verlangte aber gleichzeitig einen ausreichenden, wirksamen Schutz der Polizei, mit

deren Haltung am Sonnabend die Uitländers wieder äußerst unzufrieden sind. Präsident Krüger, an den verschiedentlich von einflußreichen Personen aus Johannesburg, auch aus den Kreisen der Afrikander, Telegramme gerichtet worden waren, erklärte, daß ihm der Vorfall äußerst fatal sei, er aber für den Augenblick nicht wisse, wie er ohne ein Aufgebot von Militär derartige Scenen verhüten könnte, während gerade die Miliz ihm nicht die geeignete Kraft zu haben scheine, bei solchen Vorkommnissen wirksam aufzutreten.

Kairo, 18. Januar. Die gesamte Streitmacht Achmed Fedils hat sich, einer „Bür. Reuter"-Meldung zufolge 2000 Mann stark, dem Kanonenboot „Metemmeh" auf dem Blauen Nil ergeben. Achmed Fedil ist es gelungen, in südlicher Richtung zu entkommen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Januar. Auf den in Eisenbahnzügen fahrenden Postämtern werden auch Telegramme aufgenommen. Diese können außer auf den üblichen Telegramm-Vordrucken auch auf Postkarten geschrieben sein, welche dann an Stelle der auszustreichenden Ueberschrift Postkarte mit der Bezeichnung Telegramm zu versehen, mit dem erforderlichen, der Telegrammgebühr entsprechenden Postfreimarken zu bekleben und durch den an jedem Postwagen befindlichen Briefkasten zur Aufgabe zu bringen sind. Wo die örtlichen Verhältnisse und die Dauer des Aufenthalts auf den Eisenbahnstationen es gestatten, werden auch mit Marken nicht beklebte Telegramme gegen Baarzahlung durch das Fenster oder die Thür des Eisenbahn-Postwagens angenommen. Eine Zuschlagsgebühr kommt hierbei nicht zur Erhebung. Es empfiehlt sich, daß der Aufgeber seinen Namen und Wohnort behufs Erledigung etwaiger Nachfragen an der Seite des Telegramms angiebt.

— Die oberschlesische Industrie ist gegen den Mittellandkanal und sie ist auch gegen den Großschifffahrtsweg Berlin—Stettin. Sie sieht durch diesen Weg die oberschlesische Kohle bedroht, die schon jetzt in Berlin mit der englischen, böhmischen und westfälischen Kohle schwer zu kämpfen hat; sie fürchtet auch für die oberschlesische Eisenindustrie, die sich bereits gegenwärtig in Folge hoher Erzkosten in einer mißlichen Lage befindet; sie besorgt endlich, daß der Zement- und Papierindustrie, sowie dem Holze in der Landwirthschaft Oberschlesiens ein scharfer Wettbewerb erwachsen werde. Die Handelskammer des Regierungsbezirks Oppeln betont in einer Eingabe an das Ministerium, daß Westfalen von dem Kanale Stettin—Berlin nur einen kleinen, England dagegen einen großen Nutzen haben werde. Gemildert würde die Sachlage für Oberschlesien etwas, wenn nicht die östliche, sondern die westliche Linie ausgeführt würde, denn dann würde die Frachtverbilligung der englischen Kohle nach den östlichen Vororten Berlins nur 35 Pfennig für die Tonne betragen. Die Kammer bittet die Staatsregierung, den Ausbau des Großschifffahrtsweges Berlin—Stettin und ganz besonders die östliche Linienführung nicht genehmigen zu wollen, weil 1. der projektirte Wasserweg dem Interesse des oberschlesischen Handels und insbesondere der oberschlesischen Großindustrie und Landwirthschaft höchst schädlich sein würde; 2. weil ferner der neue Großschifffahrtsweg in der That, abgesehen von den beiden Orten Berlin und Stettin, in der Hauptsache nur England und anderen auswärtigen Ländern zu gute kommen würde; 3. weil es demgegenüber sehr viel dringlicher wäre, Oberschlesien und überhaupt dem gesamten Osten der Monarchie, durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, insbesondere auf dem Schienenwege und der Oder, einen erweiterten Absatz zu erschließen.

— Auf Grund der Einkommensteuer-Veranlagung für 1897—98 hat das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg soeben für die 18 größten preußischen Städte das Durchschnittseinkommen und das Durchschnittsvermögen der in diesen Städten wohnenden Steuerzahler festgestellt. Nach der Berechnung sind Frankfurt a. M., Aachen und Charlottenburg die drei wohlhabendsten Städte der preußischen Monarchie. In Frankfurt a. M. beläuft sich das durchschnittliche Einkommen pro Steuerzahler auf 5000 Mark und das Durchschnittsvermögen sogar auf 193 000 Mark. Der Aachener Steuerzahler hat durchschnittlich 1000 Mark weniger Einkommen als der in Frankfurt a. M., und ein Durchschnittsvermögen von 131 000 Mark. Das Durchschnittsvermögen der Charlottenburger Steuerzahler ist bedeutend größer als das der Aachener, nämlich 155 318 Mark. Trotzdem ist das Durchschnittseinkommen der Charlottenburger Steuerzahler um 100 Mk. geringer als das der Aachener. Berlin kommt zwar mit einem Durchschnittsvermögen von 147,592 Mark pro Steuerzahler sofort hinter Charlottenburg, steht aber in Bezug auf die Höhe des Durchschnittseinkommens des einzelnen Steuerzahlers unter den 18 größten preußischen Städten erst an 15. Stelle mit einen Durchschnittseinkommen von 2748 Mk. Gleich günstig, wie in Charlottenburg, liegt das Verhältniß zwischen Durchschnitts-Einkommen und Durchschnitts-Vermögen pro Steuerzahler in größeren Städten nur noch in Düsseldorf (3300 Mk. Einkommen, 127 000 Mark Vermögen), Elberfeld (3200 Mk. Einkommen, 105 000 Mk. Vermögen), Köln (3000 Mark Einkommen, 109 000 Mk. Vermögen) und Magdeburg (2750 Mark Einkommen und 90 700 Mark Vermögen). Auffallend hoch stellt sich das durchschnittliche Einkommen (3300 Mark) im Verhältniß zum Durchschnittsvermögen (87400 Mk.) in Breslau. Im Uebrigen stehen nach der Zusammenstellung des Charlottenburger statistischen Amtes die 18 größten preußischen Städte bezüglich der Wohlhabenheit ihrer Einwohner in nachfolgender Reihe: Frankfurt a. M., Aachen, Charlottenburg, Düsseldorf, Breslau, Elberfeld, Stettin, Königsberg, Krefeld, Köln, Hannover, Danzig, Halle, Magdeburg, Berlin, Barmen, Altona und Dortmund.

— In der gestrigen Sitzung der kirchlichen Vorstände von St. Jakobi wurde in den Gemeinde-Kirchenrath Herr Kaufmann Emil Richter und in die Gemeinde-Vertretung die Herren Kaufmann Willy Ahrens, Kaufmann Rich. Hartmann, Kaufmann A. Schür, Direktor E. Brunkow und Juwelier Brandt gewählt.

— Vor einigen Tagen feierte Herr Obergärtner Albrecht in Höckendorf sein 25jähriges Jubiläum als Leiter der Dr. Dornschen Garten- und Baumschul-Anlagen, derselbe ist gleichzeitig in den Ruhestand getreten.

— Als nächste volksthümliche Opern-Vorstellung geht im Stadt-Theater am Sonntag Nachmittag Lortzing's „Undine" bei kleinen Preisen in Scene.

— Der Spielplan des Bellevue-Theaters für die nächsten Tage ist in folgender Weise festgesetzt: Freitag „Frau Leutnant", Sonnabend (kleine Preise) „Die Journalisten" mit Herrn Direktor Resemann als „Bolz", Sonntag (zum ersten Male) „Arme Mietze".

* Die Gotzlow-Dampfer fahren von heute ab bis 7 Uhr Abends und zwar stündlich.

* Im Hause Große Ritterstraße 5 wurde ein auf dem Flur angebrachtes Messingschild mit dem eingravirten Namen G. Gollnow entwendet.

* Gestern Abend bezw. im Laufe der letzten Nacht wurde die Feuerwehr zwei Mal vom Klosterhof und von der Oberwiek aus allarmirt. In beiden Fällen wurden nur Schornsteinbrände vorgefunden.

* In frühester Morgenstunde wurden heute drei Dirnen im Maskenkostüm festgenommen. Die Mädchen kehrten nach durchschwärmter Nacht aus einem Grabower Tanzlokal heim. Als sie den Neuen Markt passirten, wurde eben die dort befindliche Bedürfnißanstalt geöffnet, deren Wärterin von den vermuthlich angeheiterten Frauenzimmern belästigt und schließlich sogar mißhandelt wurde. Ein Schutzmann mußte eingreifen und brachte dieser die allzu übermüthigen Damen in sicheren Gewahrsam, ihr Erscheinen im Wachlokal rief ob des merkwürdigen Aufzuges einige Sensation hervor. — Verhaftet wurde hier der Schneider Hermann Luttschwager, derselbe hat geständlich wiederholt Briefkästen der „Hansa" und der Reichspost beraubt, um sich die auf den Briefen befindlichen Marken anzueignen.

Aus den Provinzen.

§ **Demmin,** 18. Januar. Der Leichenfeier für den verstorbenen Landschaftsrath Freiherrn von Maltzahn auf dem Gute Vanselow wohnten gestern auch die Staatsminister von Heyden-Plötz und von Maltzahn-Gültz bei.

Offene Stellen

für Militäranwärter im Bezirk des 2. Armeekorps. Im Laufe der nächsten drei Monate, Dienstort wird bei der Einberufung bestimmt, königliche Eisenbahndirektion in Stettin, 120 Anwärter für den Bahnwärter- und Weichenstellerdienst, Gehalt zunächst je 700 Mark diätarische Jahresbesoldung; bei der Anstellung als etatsmäßiger Bahnwärter 700 Mark Jahresgehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß (60 bis 240 Mark jährlich) oder Dienstwohnung. — 1. April 1899, Dienstort wird bei der Einberufung bestimmt, königliche Eisenbahndirektion in Stettin, 63 Anwärter für den Zugbegleitungsdienst, Gehalt zunächst je 800 Mark diätarische Jahresbesoldung; bei der Anstellung als etatsmäßiger Bremser oder Schaffner 800 Jahresgehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß (60 bis 240 Mark jährlich) oder Dienstwohnung, ferner die bestimmungsmäßigen Nebenbezüge (Fahrt-, Nachtgelder u. s. f.). — 1. April, 1. Mai, 1. Juni 1899, Dienstort wird bei der Einberufung bestimmt, königliche Eisenbahn-Direktion in Bromberg, 25 Anwärter für den Weichenstellerdienst, zunächst je 800 Mark diätarische Jahresbesoldung; bei der Anstellung als etasmäßiger Weichensteller 800 Mark Jahresgehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß (60 bis 240 Mark jährlich). — Sofort, Gnesen, königliches Polizei-Distriktsamt Gnesen II, Distriktsbote und Vollziehungs-Beamter, als Distriktsbote während der Probezeit 600 Mark, nach fester Anstellung steigend bis 750 Mark jährlich, als Vollziehungsbeamter Gebühren laut staatlich festgestelltem Tarif im Betrage von ungefähr 100 Mark jährlich. — Sofort, Greifswald, Polizei-Direktion, Polizeisergeant, vorzugsweise für den Nachtdienst, jährlich 800 Mark Gehalt und (vom 1. April 1899) 100 Mark Wohnungsgeldzuschuß, sowie freie Dienstkleidung.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin,** 19. Januar. Wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung wurden heute der Schneidermeister Karl Schulz hierselbst und dessen Ehefrau, Auguste geb. Bölke, vor der dritten Strafkammer des Landgerichts zur Verantwortung gezogen. S. arbeitet für ein größeres Konfektionsgeschäft und sind in seiner, Große Ritterstraße 5 belegenen Werkstatt neben einigen Gesellen auch mehrere Mädchen beschäftigt. Letztere sollen, den Vorschriften der Gewerbeordnung zuwider, nicht selten am Sonnabend bis nach 5½ Uhr Nachmittags gearbeitet haben. Die Thatsache selbst konnte von den Angeklagten nicht bestritten werden, beide haben in der Werkstatt die Aufsicht geführt und die Uebertretung geduldet, sie führten zu ihrer Entschuldigung an, daß sie sich in einer Zwangslage befunden hätten, da ihre Auftraggeber Lieferung fertiger Arbeit in ganz bestimmten Posten verlangen. Fehlten an der Zahl nur wenige Stück, so würden nicht unerhebliche Abzüge gemacht, wenn überhaupt Zahlung erfolge. Das Gericht zog alles dies bei der Strafabmessung in Rücksicht und erkannte gegen jeden der beiden Angeklagten auf eine Geldbuße von fünf Mark.

Kunst und Wissenschaft.

Yvette Guilbert macht Karriere, sie ist gestern im Stuttgarter Hoftheater aufgetreten und hat einen sensationellen Erfolg erzielt. Das Haus, von den Spitzen der Stuttgarter Gesellschaft voll besetzt, spendete enthusiastischen Beifall.

München, 18. Januar. In Folge des jüngsten Brandes im Orpheum ordnete die Polizei die sofortige Schließung mehrerer Münchener Privattheater an. Ferner muß das stark frequentirte Volkstheater am 1. Mai seine Vorstellungen einstellen.

Vermischte Nachrichten.

— 10 000 Mark als Muster ohne Werth ist wohl die größte Ironie. Der Inhaber eines größeren Berliner Posamentengeschäfts hatte vor einigen Tagen in Annaberg mit einem dortigen Fabrikanten ein bedeutendes Geschäft abgeschlossen und beide Herren hatten nachher auf gutes Gedeihen der beiderseitigen geschäftlichen Beziehungen einige Flaschen Rothspohn geleert. Als der Berliner Herr auf der Rückreise begriffen war, bemerkte er, daß er in dem Komtoir der Annaberger Fabrik seine Brieftasche mit 10 000 Mark hatte liegen lassen. Er bat sofort telegraphisch um Nachsendung des Portefeuilles, das denn auch Tags darauf in einem unverschlossenen Umschlag als Muster ohne Werth hier eintraf. Weder der Absender noch die Post hatten eine Ahnung davon, daß sich unter einigen gleichgültigen Geschäftsbriefen zehn Tausendmarkscheine in der Tasche befanden.

— Verschwunden ist seit dem 7. d. M. der Hausbesitzer und Schuhwaarengroßhändler G. Potolowsky aus Berlin. Potolowsky hatte früher eine eigene Fabrik, ließ diese aber eingehen und bezog seine Waaren von anderen Fabrikanten. Am 7. d. M. erzählte er einem Geschäftsmanne, daß er verreisen müsse, und seitdem hat man ihn nicht mehr gesehen. Auch seine Familie hat keine Nachricht von ihm bekommen. Mit der Reise scheint es aber eine besondere Bewandtniß zu haben, denn jetzt ist über das Vermögen des Verschwundenen das Konkursverfahren beantragt worden. Sein Aufenthalt wird in der Bekanntmachung nach dem üblichen Amtsstile als „zur Zeit unbekannt" bezeichnet.

— Eine räthselhafte Diebesaffaire machte seit längerer Zeit im Westen Berlins von sich reden und hielt die Bewohner eines Hauses in der Genthinerstraße in ständiger Aufregung. Fortgesetzt kamen in dem fraglichen Hause Diebstähle aller Art vor und nie wollte es gelingen, ihren Urheber zu entdecken. Anfangs glaubte man in den verschiedenen Familien, die der Gauner heimsuchte, an einen Gelegenheitsdieb, denn, ohne daß Spuren äußerer Gewalt zurückgeblieben wären, verschwand bald ein Kleidungsstück, bald ein Ring, eine theure Vase oder einige silberne Löffel. In letzter Zeit aber wurden innerhalb kurzer Frist zwei Einbruchsdiebstähle verübt und nun unterlag es keinem Zweifel mehr, daß man es mit einer Bande zu thun hatte, die systematisch vorging. Besonders wurde ein in dem Hause wohnender pensionirter Offizier und Rittergutsbesitzer geschädigt, bei welchem Wäsche und Schmuckgegenstände im Werthe von 800 Mark verschwanden. Nachdem nun das Haus von der Polizei eine Zeit lang Tag und Nacht beobachtet worden war, gelang es, den Dieb in flagranti zu ertappen, als er Abends gegen 11 Uhr ein Bündel zum Trocknen aufgehängter Wäsche, die er eben gestohlen, zum Bodenfenster heraus in den Vorgarten warf. Der festgenommene Langfinger entpuppte sich als die Gouvernante des erwähnten Offiziers. In dem sofort vorgenommenen Verhör erklärte die Diebin, unschuldig zu sein, da sie von ihrem Bräutigam hypnotisirt und dann zu den Diebstählen veranlaßt worden sei. Die gestohlenen Sachen habe sämtlich ihr Bräutigam erhalten. Diesen hat man, da die Verhaftete seinen Namen nicht nennt, noch nicht ermitteln können. Ebenso ließ sich noch nicht feststellen, ob man es mit einer Geistesgestörten oder mit einer geschickten Simulantin zu thun hat.

— Englische Blätter erzählen eine gute Geschichte von einem amerikanischen Soldaten, der nach einer schweren Typhuserkrankung in eine todtähnliche Erstarrung fiel und wirklich für todt erklärt wurde. In der Nacht vor dem für seine Beerdigung festgesetzten Tag kam er wieder zum Bewußtsein und kroch aus seinem Sarg heraus. Wärter stürzten herbei, Reizmittel wurden angewandt, und der Scheintodte war bald wieder ganz lebendig. In der Erzählung seiner Erlebnisse versicherte er seinen Zuhörern, als er zu sterben schien, habe er ganz angenehme Empfindungen gehabt; als er aber langsam wieder zum Bewußtsein kam, habe er gleich gewußt, daß er nicht todt sei, da er kalte Füße gehabt und hungrig gewesen sei. „Wie meinen Sie das?" fragte einer der Umstehenden. „Ganz einfach", war die Antwort, „ich wußte wohl, wenn ich im Himmel wäre, würde ich nicht hungrig sein, und wäre ich in der Hölle, würde ich keine kalten Füße haben."

Kohlfurt, 18. Januar. Auf dem hiesigen Bahnhof fuhr eine Rangirmaschine in einen Postpacketwagen hinein; zwei Postschaffner trugen schwere, einer leichte Verletzungen davon.

Köln, 18. Januar. Aus zahlreichen unmittelbar am Rhein gelegenen Ortschaften laufen Meldungen über ein schnelles Steigen des Flusses von Straßburg bis zur holländischen Grenze ein. Wie es heißt, ist der Betrieb der Eisenbahnfähre zwischen Bonn und Oberkassel eingestellt. Bei Köln stieg das Wasser seit gestern um 80 Zentimeter.

Laibach, 19. Januar. Gestern Abend ¾10 Uhr fand ein zwei Sekunden dauerndes Erdbeben statt, welches indessen keinen Schaden anrichtete.

Rovigno, 19. Januar. In der hiesigen Dampfmühle fand eine große Kessel-Explosion statt, wobei ein Arbeiter getödtet und mehrere schwer verwundet wurden.

Bilbao, 18. Januar. Ein Eisenbahnzug stieß im Bahnhof der Station Zumarraga auf den Prellbock. Einige Wagen wurden zerschmettert, sieben Personen schwer, mehrere leicht verwundet. Ein deutscher Reisender wurde in Folge einer schweren Verletzung am Kopfe wahnsinnig.

Städtischer Viehhof.

Stettin, 13. Januar. (Original-Bericht.) Auftrieb: Wochen-Bericht bis Mittwoch Abend: 208 Rinder, 253 Kälber, 433 Schafe, 856 Schweine, — Ziegen. Donnerstag bis Mittags 12 Uhr: 56 Rinder, 62 Kälber, 128 Schafe, 203 Schweine.

Bezahlt wurden für 50 Kg. (100 Pfund) Schlachtgewicht:

Rinder: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt 57 bis 58, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 55 bis 56, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 52 bis 53, d) gering genährte jeden Alters 50 bis 51. Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerths 54 bis 55, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 52 bis 53, c) gering genährte 49 bis 51. Färsen und Kühe: a) vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — bis —, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt 53 bis 54, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Färsen und Kühe 51 bis 52, d) mäßig genährte Färsen und Kühe 50 bis —, e) gering genährte Färsen und Kühe 46 bis 48. Kälber: a) feinste Kälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 60 bis 62, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 59 bis 60, c) geringe Saugkälber 57 bis 58, d) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 52 bis 54.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 55 bis 56, b) ältere Masthammel 54 bis 55, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 50 bis 51.

Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahr 54 bis —, b) fleischige Schweine 52 bis 53, c) gering entwickelte 51 bis —, d) Sauen 48 bis 50, e) Eber — bis —.

Verlauf und Tendenz:

Rinder und Kälber wurden glatt verkauft. Nach Hammeln wenig Nachfrage. Schweine wurden einzelne ausgesuchte Posten über Notiz bezahlt.

Abtrieb nach außerhalb vom 12. Januar bis 18. Januar 1899: 1 Rind, 9 Kälber, 44 Schweine.

Schiffsnachrichten.

— Während des Vierteljahres vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1898 haben 5878 Schiffe (gegen 5239 Schiffe in demselben Vierteljahr 1897) mit einem Netto-Raumgehalt von 865 576 Register-Tons (1897: 704 779 Register-Tons) den Kaiser Wilhelm-Kanal benutzt und, nach Abzug des auf die Kanalabgabe in Anrechnung zu bringenden Elblootsgeldes, an Gebühren 457 478 Mark (1897: 385 265 Mark) entrichtet. Davon entfielen auf den Monat Dezember 1487 Schiffe (1897: 1318 Schiffe) von 244 803 Register-Tons (1897: 213 368 Register-Tons) und 128 861 Mark (1897: 114 110 Mark) Gebühren.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. Januar. Wetter: Trübe. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 758 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 38,80 bez.

Berlin, 19. Januar. In Getreide ꝛc. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 39,90, loko 50er amtlich 59,20.

London, 19. Januar. Wetter: Fehlt.

Berlin, 19. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,70
do. do. 3½%	101,90
do. do. 3%	93,40
Dtsch.Reichsanl.3%	93,25
Pom.Pfandb.3½%	99,50
do. do. 3%	90,40
do.Neul.Pfd.3½%	99,00
3% neuländ. Pfdbr.	90,25
Centrallandschaft-Pfandbr.3½%	100,00
do 3%	90,30
Italienische Rente	94,00
do. 3%Eisb.-Obl.	58,80
Ungar. Goldrente	—,—
Rumän. 1881er am. Rente	100,75
Serb. 4% 95erRente	61,30
Griech. 5% Goldr. von 1890	41,75
Rum. am. Rente 4%	92,90
Merikan. 6% Goldr.	99,60
Oesterr. Banknoten	169,45
Russ. Bankn. Cassa	216,50
do. do. Ultimo	—,—
Gr. Russ. Zollcoup.	324,40
Franz. Banknoten	81,15
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	98,00
do. (100) 4%	93,60
do. (100) 4%	88,10
do. unkb. b.1905 (100) 3½%	—,—
Pr.Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	100,00
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	221,60
Stett. Vulc.-Prior.	221,00
Stett. Straßenbahn	171,50
Petersburg kurz	216,00
Warschau kurz	—,—

London kurz	204,05
London lang	202,95
Amsterdam kurz	168,65
Paris kurz	81,10
Belgien kurz	80,90
Berl.Dampfmühlen	127,30
Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	107,50
Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	427,00
„Union", Fabr. chem. Produkte	144,75
VarzinerPapierfabr.	196,00
Stöwer, Nähmasch.u. Fahrrad-Werke	163,00
4%Hamb.Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
3½%Hamb.Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Stett.Stdtanl.3½%	—,—
Ultimo-Kourse:	
Disc.-Commandit	198,90
Berl. Handels-Ges.	168,40
Oesterr. Credit	225,75
Dynamite Trust	179,70
BochumerGußstahlf.	236,20
Laurahütte	218,10
Harpener	180,90
Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	189,10
Dortm.Union Lit. C.	109,80
Ostpreuß. Südbahn	96,20
Marienburg-Mlawka-bahn	83,25
Norddeutscher Lloyd	115,25
Lombarden	30,50
Franzosen	154,40
Luxemburg. Prince-Henribahn	106,00

Tendenz: Fest.

Paris, 18. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	18.	17.
3% Franz. Rente	101,95	101,70
5% Ital. Rente	92,95	92,60
Portugiesen	23,70	23,30
Portugiesische Tabaksoblig.	485,00	—,—
4% Rumänier	93,35	93,10
4% Russen de 1889	—,—	101,45
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	99,60
3% Russen (neue)	95,45	94,85
4% Serben	—,—	60,75
4% Spanier äußere Anleihe	48,90	49,20
Convert. Türken	22,90	22,90
Türkische Loose	109,50	109,20
4% türk. Pr.-Obligationen	—,—	480,00
Tabacs Ottom.	268,00	—,—
4% ungar. Goldrente	100,60	100,65
Meridional-Aktien	688,00	—,—
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	—,—
Lombarden	166,00	—,—
B. de France	3800	3815
B. de Paris	940,00	937,00
Banque ottomane	548,00	546,00
Credit Lyonnais	868,00	865,00
Debeers	694,00	693,00
Langl. Estrat.	98,00	99,00
Rio Tinto-Aktien	888,00	861,00
Robinson-Aktien	240,00	238,00
Suezkanal-Aktien	3550	3530
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,12	206,12
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,00	122,00
do. auf Italien	7,50	7,62
do. auf London kurz	25,16½	25,18
Cheque auf London	25,19	25,21
do. auf Madrid kurz	380,00	380,50
do. auf Wien kurz	207,12	207,12
Huanchaca	48 00	46,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 18. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 31,50 G., per Mai 32,00 G., per September 32,75 G., per Dezember 33,25 G.

Hamburg, 18. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,17½, per März 9,27½, per Mai 9,37½, per August 9,55, per Oktober 9,20, per Dezember 9,20. Ruhig.

Bremen, 18. Januar. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,95 B. Schmalz ruhig. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29½ Pf., Cudahy 30½ Pf., Choice-Grocery 30½ Pf., White label 30½ Pf. — Speck ruhig. Short clear middl. loko 27½ Pf. — Reis fest. — Kaffee ruhig. — Baumwolle ruhig. Upland middl. loko 29½ Pf.

Wien, 18. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 9,44 G., 9,45 B. Roggen per Frühjahr 8,14 G., 8,15 B. Mais per Mai-Juni 5,18 G., 5,19 B. Hafer per Frühjahr 6,11 G., 6,12 B.

Amsterdam, 18. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 178,00, per Mai 179,00. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine flau, per März 144,00, per Mai 138,00. Rüböl loko 24,50, per Mai 23,37.

Amsterdam, 18. Januar. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 18. Januar. Bancazinn 60,00.

Antwerpen, 18. Januar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,00 bez. u. B., per Januar 19,00 B., per Februar 19,12 B., per März 19,12 B. Ruhig.

Schmalz per Januar 69,75.

Paris, 18. Januar. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 27,00 bis 28,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 28,37, per Februar 28,62, per März-Juni 29,12, per Mai-August 29,50.

Paris, 18. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 21,70, per Februar 21,65, per März-April 21,65, per März-Juni 21,65. Roggen ruhig, per Januar 14,35, per März-Juni 14,60. Mehl ruhig, per Januar 45,35, per Februar 45,60, per März-April 45,65, per März-Juni 45,65. Rüböl ruhig, per Januar 49,00, per Februar 49,00, per März-April 49,25, per Mai-August 50,00. Spiritus beh., per Januar 44,75, per Februar 44,75, per März-April 44,50, per Mai-August 44,50. — Wetter: Unbeständig.

Havre, 18. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 37,50, per März 38,00, per Mai 38,50. Behauptet.

London, 18. Januar. Getreidemarkt. (Schluß.) Markt matt.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 27 920, Gerste 2 300, Hafer 56 320 Quarters.

London, 18. Januar. Kupfer Chilibars good ordinary brands 63 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 99 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zink 24 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 13 Lstr. 12 Sh. 6 d. Roheisen Mixed numbres warrants 51 Sh. 11 d.

London, 18. Januar. Angeboten an der Küste 1 Weizenladung.

London, 18. Januar. Chili-Kupfer 63 11/16, per drei Monate 63 15/16.

London, 18. Januar. 96% Javazucker loko 11,12 ruhig, Rüben-Rohzucker loko 9 Sh. 1¾ d. Käufer, 9 Sh. 2½ d. Verkäufer ruhig.

Newyork, 18. Januar, Abends 6 Uhr.

	18.	17.
Baumwolle in Newyork	6,12	6,00
do. Lieferung per Februar	—,—	5,67
do. Lieferung per April	—,—	5,71
do. in Neworleans	—,—	5 5/16
Petroleum, raff. (in Cases)	—,—	8,15
Standard white in Newyork	—,—	7,40
do. in Philadelphia	—,—	7,35
Credit Calances at Oil City	—,—	116,00
Schmalz Western steam	5,77½	5,75
do. Rohe und Brothers	—,—	5,95
Zucker Fair refining Moscovados	—,—	3 13/16
Weizen fest.		
Rother Winterweizen loko	80,62	80,00
per Januar	—,—	—,—
per März	78,25	78,00
per Mai	75,12	74,75
per Juli	—,—	73,25
Kaffee Rio Nr. 7 loko	—,—	6,62
per Februar	5,45	5,45
per April	5,65	5,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,85	2,85
Mais fest,		
per Januar	—,—	—,—
per März	—,—	—,—
per Mai	41,75	41,37
Kupfer	—,—	14,25
Zinn	—,—	21,75
Getreidefracht nach Liverpool	—,—	3,00

Newyork, 18. Januar. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 156 000, do. nach Frankreich 9000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 208 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 7000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Chicago, 18. Januar.

	18.	17.
Weizen fest, Januar	—,—	—,—
per Mai	70,87	71,75
Mais fest, per Januar	34,62	34,87
Pork per Januar	9,87½	9,90
Speck short clear	5,00	5,00

Wasserstand.

* **Stettin,** 19. Januar. Im Revier 5,72 Meter = 18′ 3″.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 19. Januar. Die deutschen Oppositionsparteien mit Ausnahme der Schönerianer beschlossen, folgende Hauptbedingungen für das Aufgeben der Obstruktion zu stellen: Aufhebung der Sprachenverordnungen, Wechsel der Regierung, nationale Abgrenzung der Bezirke in Böhmen.

Saaz, 19. Januar. Der Redakteur eines hier erscheinenden antisemitischen Blattes, Edmund Pammer, wurde aus Böhmen ausgewiesen. Derselbe ist aus Mähren gebürtig.

Pest, 19. Januar. In der Konferenz der Führer der Opposition, welche 6 Stunden gedauert, wurden die Vorschläge Banffy's von dem überwiegenden Theile der Konferenzmitglieder als unannehmbar bezeichnet. Hiervon dürfte heute noch Banffy verständigt werden. Die Opposition bereitet sich zur weiteren Obstruktion gegen die Regierung vor.

Brüssel, 19. Januar. Der König empfing gestern in seinem Palais den Minister des Auswärtigen, mit welchem er eine längere Konferenz hatte betreffs Wahl der Stadt Brüssel als Versammlungsort der Mitglieder der Abrüstungs-Konferenz.

Das Datum der Weltausstellung für Lüttich ist gestern endgültig auf das Jahr 1903 festgesetzt worden.

Paris, 19. Januar. Der Antrag des Senators Bissenil, den Beschluß in der Dreyfusaffaire dem Gutachten der drei vereinigten Zivilkammern des Kassationshofes zu unterstellen, ist von dem Initiativausschuß des Senats mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Senator selbst soll heute dem Senat seinen hierüber verfaßten Bericht unterbreiten und die Dringlichkeit für den Antrag fordern.

4000 Mitglieder der Liga der Menschenrechte zu Marseille unterzeichneten eine Protestationsnote, die dem Präfekten des Departements Bouche du Rhône von einem Delegirten überreicht werden soll und in welchem die Unterzeichneten ihrer Entrüstung darüber Ausdruck verleihen, daß man beabsichtige, allen Präzedenzfällen entgegen das Urtheil in der Dreyfusaffaire vollständig der Kriminalkammer zu entreißen. Sie drücken ihr Vertrauen dem Kassationshof und der Armee gegenüber aus und fordern die Regierung auf, gegen die reaktionären Elemente vorzugehen, die unter dem Mantel des Patriotismus sich verschworen, die Republik zu vernichten.

Paris, 19. Januar. Die Subskription des „Matin" hat bisher 104 500 Franks ergeben. Unter den Unterzeichnern befinden sich Abannes, ein früheres Mitglied des deutschen Reichstages mit 500 Franks, ferner Casimir Perier ebenfalls mit 500 Franks, Josef Reinach und Andere.